

Ausführungen von Herrn Dr. Klaus Engel,
Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),
auf dem Parlamentarischen Abend des VCI in Berlin am 28. März 2012

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie treffen hier heute Abend auf eine Branche, die mit gemischten Gefühlen in das laufende Jahr blickt. Zwar konnten wir 2011 mit einem Rekordumsatz von mehr als 184 Milliarden Euro abschließen, aber das Chemiegeschäft schwächte sich in der zweiten Hälfte des Jahres deutlich ab. Der Wendepunkt liegt nun hinter uns. Die Produktion zieht wieder an, die Branche ist überwiegend gut ins neue Jahr gestartet.

Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte es jedoch schwer werden, insgesamt an das sehr gute Vorjahr anzuknüpfen, zumal auch noch erhebliche Risiken für die Weltwirtschaft vorhanden sind. Stichworte sind hier Schuldenkrise oder die Rohstoff- und Energiekosten. Besonders erfreulich ist, dass die chemische Industrie in Deutschland im vergangenen Jahr einen deutlichen Zuwachs an Beschäftigten verzeichnen konnte.

Der Arbeitsplatzaufbau hat zwei Gründe:

Erstens: die gute wirtschaftliche Lage. Zweitens: der demografische Wandel unserer Gesellschaft.

Die Unternehmen stellen sich darauf ein, dass Fachkräfte künftig knapp werden und sichern sich frühzeitig entsprechendes Personal.

Ebenso von strategischer Bedeutung für die Unternehmen der chemischen Industrie sind die Produktionsmittel Rohstoffe und Energie. Zugang, Verfügbarkeit und Kosten beeinflussen unmittelbar unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb ist die Energiewende für uns eines der wichtigsten Themen in diesem Jahr.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, die **Energiewende** ist machbar. Ich betone aber auch gleichzeitig: Es ist leichtfertig, als Beweis anzuführen, die Energiewende sei kein Problem, weil wir diesen Winter ohne Black-out überstanden haben. Uns stehen noch viele Jahre mit Frostperioden bevor, bis wir wirklich sagen können: Die Wende ist geschafft. Für den Weg dahin brauchen wir dringend mehr Orientierung. Das von der Bundesregierung beschlossene Monitoring kann hervorragend als Fahrtenstreifen dienen.

Aber es liegt auf der Hand: Ein Monitoringbericht, der ex post und nur alle zwei Jahre den Fortschritt der Energiewende bilanziert, reicht hier sicherlich nicht aus! Zusätzlich ist ein prozessbegleitendes Projektmanagement im Sinne eines Navigationssystems erforderlich. Dieses Navigationssystem muss die richtige Reihenfolge der Etappenziele festlegen, zusätzliche Baustellen frühzeitig erkennen und eventuelle Umleitungen einplanen.

Denn eine vorausschauende Planung ist für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende unerlässlich, da der Handlungsdruck hoch ist: Ausbau der Transportnetze, Sicherung der Grundlastversorgung und der Aufbau von Speicherkapazitäten sind nur einige große Kardinalfragen der Energiewende.

Gleichzeitig wage ich zu behaupten: In keinem anderen Land der Welt gibt es bessere technologische Voraussetzungen oder mehr unternehmerisches Know-how als in Deutschland, um diesen Umbauprozess bis zum Jahr 2022 zu bewältigen. Die Energiewende wird aber nur gelingen, wenn wir sie als Gemeinschaftsaufgabe verstehen.

Das müssen Wirtschaft und Politik der Gesellschaft im Schulterschluss vermitteln. Gemeinsam müssen wir für Akzeptanz bei den Bürgern werben, so dass ihre Bereitschaft wächst, einen konkreten Beitrag zu leisten. Das ist beim Einsparen von Energie unmittelbar möglich, wenn wir das bislang weitgehend ungenutzte Potenzial aus der Gebäudesanierung aktivieren.

Wir in der Chemie werden mit unserer Innovationskraft, unseren Produkten und Verfahren dazu beitragen, dass langfristig die Umstellung auf Erneuerbare bis 2050 gelingt. Darauf können Politik und Gesellschaft zählen.

Ohne die Leistungen der chemischen Industrie würde sich kein Windrad drehen, keine Photovoltaikanlage Strom erzeugen und kein Maisfeld genug Biomasse ergeben.

Neben diesen Marktchancen, die sich für unsere Branche ergeben, gibt es aber auch unverkennbare wirtschaftliche Risiken: Viele Unternehmen – gerade auch die 1.500 mittelständischen Chemie-Betriebe in Deutschland – blicken skeptisch in die Zukunft. Denn seit den Beschlüssen zur Energiewende sind die Strompreise vor allem bei der Mehrheit unserer mittelständischen Mitgliedsunternehmen gestiegen. Dieser finanzielle Druck durch die steigenden Stromkosten bereitet ihnen schon jetzt erhebliche Sorgen.

Aber nicht nur das EEG macht uns Sorgen in der Energiepolitik: Die Revision des **Energiesteuer-Spitzenausgleichs** steht zum Jahresende an. Bis dahin muss die besondere Ausgleichsregel auf neue Füße gestellt werden. Die dringend benötigte Planungssicherheit für die Unternehmen gibt es bislang nicht.

Schließlich geht es darum, wettbewerbsfähig zu sein – nicht nur gegenüber unseren europäischen Wettbewerbern, sondern insbesondere auch gegenüber den USA und den südostasiatischen Schwellenländern, deren Industrien Strom zu Sonderkonditionen erhalten.

Meine Damen und Herren,

mit Freude sehen wir, dass **Industriepolitik** in Deutschland wieder hoch im Kurs steht. Regierungskoalition, SPD und GRÜNE sprechen sich für eine starke Industrie in Deutschland aus – für die die Chemie als Ausgangspunkt und Drehscheibe zahlreicher Wertschöpfungsketten eine zentrale Rolle spielt.

Eng verknüpft mit unseren Anstrengungen im Bereich Erneuerbare Energien und Wettbewerbsfähigkeit ist auch ein zweites Thema: **Innovation**. Bei den Grundlagen für Innovationen hat sich in den vergangenen Jahren viel zum Positiven entwickelt. Ich möchte hier nur die Hightech-Initiative nennen.

Aber es gibt auch negative Entwicklungen, beispielsweise auf dem Feld der Grünen Gentechnik. Einmal mehr ist hier deutlich geworden, dass Forschung ohne Möglichkeit der Umsetzung ihrer Ergebnisse auf Dauer keine gesicherte Zukunft hat.

Forschung, Entwicklung und Markt bedingen sich gegenseitig. Gute Forschungsbedingungen sind ein entscheidender Standortfaktor für den Erhalt oder Ausbau von Forschungskapazitäten. Ein zentrales Anliegen nicht nur für die Chemie, sondern für die gesamte Industrie, ist uns deshalb seit vielen Jahren die **steuerliche Forschungsförderung**. Wir haben dazu gemeinsam mit dem BDI im vergangenen Jahr eine Studie in Auftrag gegeben. Sie zeigt, dass Deutschland mit einer steuerlichen Forschungsförderung auf einen höheren Wachstumspfad einschwenken würde.

1 Euro steuerliche Forschungsförderung würde 1,25 Euro an zusätzlichen Forschungsausgaben im privaten Sektor generieren. Das heißt im Umkehrschluss, steuerliche Forschungsförderung kann mittelfristig auch zur Haushaltsanierung beitragen. Deshalb mein Appell: Lassen Sie uns die steuerliche Forschungsförderung noch in dieser Legislaturperiode beginnen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen:

Wir alle hier arbeiten dafür, dass Deutschland auch künftig ein starker Industriestandort bleibt.

Zwei Elemente spielen dabei eine herausragende Rolle:

- Das Gelingen der Energiewende und
- mehr Innovation durch den Einstieg in die steuerliche Forschungsförderung.

Nun freue ich mich auf gute Gespräche.